HAMBURG SPD

Nordwind

Mitgliederzeitschrift der SPD Hamburg Nord 07/2004 • www.spd-hamburg.de/Nord • Nr. 15

Europawahl ab Seite 8

Werner Kiebel

Urs Tabbert

Neu im Kreisvorstand

Helga Kuhlmann

Verena Blix

Zwei neue Jahre

von Inka Damerau

Wir haben unsere Organisationswahlen in Hamburg beendet …

S. 2

Bürgerversicherung – die letzte Rettung?

von Martin Gödde

Die Bürgerversicherung soll die Finanzierung der GKV gerecht gestalten …

S. 5

Frauenhaus-Schließung

Von Sibylle Quellhorst und Anja Domres

Der Senat hat beschlossen, das erste autonome Frauenhaus Hamburgs zu schließen …

S. 7

Mehr Europa wagen

Von Lars Schäfer

Die Europawahl ist gerade vorüber, die Wahlbeteiligung war mit 43,0 % ernüchternd …

S. 8

Zwei neue Jahre

Knapp vor den Sommerferien haben wir in Hamburg unsere Organisationswahlen beendet. Es ist gut, dass die Delegierten des Landesparteitages dem Votum der Urwahl gefolgt sind und Mathias Petersen mit so großer Mehrheit bestätigt haben. Mit unserem neuen Landesvorsitzenden werden wir uns in der nächsten Zeit um eine Menge Themen kümmern müssen

Von Inka Damerau

Die Entwicklung der SPD ist in den letzten Monaten gekennzeichnet durch einen rasanten und leider immer noch andauernden Mitgliederschwund auch bei uns im Kreis. Selbst durch viele sehr erfreuliche Eintritte kann er nicht kompensiert werden.

Die Niederlagen bei zahlreichen Wahlen sind ein Ausdruck des Vertrauensverlustes der Menschen in sozialdemokratische Politik. Viele Menschen haben die SPD nicht nur nicht mehr gewählt, sondern sind erst gar nicht mehr zur Wahl gegangen. Dazu gehören auch viele unserer eigenen Mitglieder. Das ist ein echtes Dilemma. Denn eine Partei kann nicht überleben, wenn sie nicht mehr gewählt wird für die Politik, die sie vertritt.

Mit guter Politik die Menschen gewinnen

Die 1. Herausforderung an uns ist, das Vertrauen der Hamburgerinnen und Hamburger wieder zu gewinnen. Die Kitakampagne zum Beispiel hat gezeigt: Wir sind nicht nur kampagnefähig, sondern wir können mit einem Thema auch die Menschen in der Stadt für unsere Politik gewinnen. Wir haben in dieser Kampagne Kontakte und Netzwerke geknüpft. Die große Aufgabe – dies zu verstetigen – müssen wir noch einlösen.

Streitbare Meinungsbildung ist notwendig

Die Diskussion um die AGENDA 2010 und ihre Umsetzung rüttelt an unseren Grundfesten. In unglaublicher Geschwindigkeit wurden quasi binnen Wochenfrist die Grundideen sozialdemokratischer Politik für die Zukunft in Frage gestellt: Soziale Gerechtigkeit, die Machtbalance zwischen Kapital und Arbeit, ein aktiv gestaltender Staat.

Der Wille zur Gefolgschaft, an den viele unserer Genossinnen und Genossen an der Parteispitze in den vergangenen Monaten immer wieder appelliert haben ist keine Grundlage für belastbare, weitreichende Reformbeschlüsse. Nicht Gefolgschaft ist gefragt: Unsere Kraft und Stärke liegt in der streitbaren Meinungsbildung mit klaren Beschlussfassungen und einer gemeinsamen öffentlichen Haltung danach.

Die Schaffung von Arbeitsplätzen ist der Kern und die Voraussetzung für die weitere Durchschlagkraft von Reformen. Ohne ausreichendes Arbeitsplatzangebot geraten die sogenannten Hartz-Gesetze lediglich zu einem Verschiebebahnhof arbeitssuchender Menschen über die Instrumente Sanktion und Abbau von Leistungen. Fördern und Fordern kann unter solchen Bedingungen gar keine Wirkung entfalten. Wir haben bei weiter steigender Produktivkraft das Problem immer weniger werdender Arbeitsplätze noch nicht ansatzweise gelöst. Und solange dies nicht der Fall ist, müssen wir eine aktive Arbeitsmarkt- und Beschäftigungspolitik einfordern, von unserer Bundesregierung und auch vom Hamburger Senat.

Die Niederlage in der Hamburg- Wahl 2001 war kein Betriebsunfall. Das Ergebnis der Bürgerschaftswahlen im Februar diesen Jahres hat die bürgerliche Mehrheit in Hamburg bestätigt und gefestigt. Die CDU kommt jetzt ohne den Rechtspopulisten Schill und seine Mannschaft aus. Auch ohne die FDP.

Bürgersenat baut demokratische Strukturen ab

Dass der Hamburger Senat dies weidlich nutzt, ist in den letzten Wochen sehr deutlich geworden, nicht allein bei der Umsetzung seines Sparkurses. Die Diskussion um die Einführung von 17 Bürgerämtern, die der Bürgermeister in einer Rede vor dem Überseeclub losgetreten hat, bricht im Windschatten der Wahlkreisentscheidung wieder auf. Im Kern geht es dabei vielleicht noch um bürgernahe Dienstleistungen, aber sicher nicht mehr um kommunale, demokratische Beteiligungsmöglichkeiten. Im Gegenteil: Es geht ganz offensichtlich um den Abbau demokratischer Strukturen. Anders ist es nicht zu erklären, dass der Stadtentwicklungsausschuss der Bürgerschaft allein mit CDU-Mehrheit per Beschluss die endgültige Gestaltungs- und Entscheidungsgewalt für Bebauungsplanverfahren hoheitsrechtlich auf den Senat verlagert.

Damit geht ein wichtiges Gestaltungselement kommunaler Politik verloren. Zusammen mit der GAL haben wir die Forderung nach Beteiligungsmöglichkeiten für politische Gestaltung zu einem Hauptpunkt in dem jetzt abgeschlossenen Kooperationsvertrag gemacht.

Neue Wahlkreise erfordern Umdenken

Die Einführung der Wahlkreise fordert von uns Politik vor Ort. Präsent und ansprechbar zu sein ist in den kommenden Monaten unsere Hauptaufgabe. Und erfordert von uns Konzepte quartiersnaher Arbeit. Die CDU hat ihre Regierungsarbeit unter das Leitmotiv der wachsenden Stadt gestellt. Viele politische Entwicklungen werden dem untergeordnet. Wir müssen dem das sozialdemokratische Leitmotiv der sozialen Großstadtentwicklung entgegenstellen, Vielfalt und Identität in den Stadtvierteln, Beteiligungsstrukturen für die dort lebenden Menschen.

Der neu gewählte Kreisvorstand hat seine Arbeit aufgenommen und wird noch im Juli eine Klausurtagung vorbereiten: neben inhaltlichen Themen für unsere weitere Politik stehen Mitglieder- und Organisationsentwicklung für die Partei und das Thema Wahlkreise ganz oben auf der Agenda.

Vorher aber sind Sommerferien! Ausruhen und Kraft tanken, wo immer es geht, wer immer von euch Zeit hat.

Organisationswahlen: Alt und Neu

Im Mai und Juni standen nach etwas verlängerter Wahlperiode wieder die Organisationswahlen unserer Partei vor der Tür. Kontinuität stand dabei im Vordergrund, auch wenn vier Distrikte die Stelle ihrer Vorsitzenden neu besetzten

Den Kreisvorstand wird auch für die nächsten zwei Jahre wieder Inka Damerau leiten. Sie erhielt auf der Kreisdelegiertenversammlung fast 90 Prozent Zustimmung. Als ihre Stellvertreter wurden neu gewählt Verena Blix und Martin Gödde.

Während Martin in den letzten Jahren sich innerhalb des Geschäftsführenden Kreisvorstands bereits um den NORDWIND kümmerte, ist Verena wirklich neu in diesem Gremium.

Neben Verena gibt es weitere neue Gesichter im Vorstand unseres Kreises:

Elmar Böhm war bisher Distriktsvorsitzender in Barmbek-Uhlenhorst-Hohenfelde. Den AfA-Flügel verstärkt Helga Kuhlmann. Für die AG60plus steigt neu in unseren Kreisvorstand Werner Kiebel ein, für die JUSOS Urs Tabbert. Last but not least ist jetzt auch Manfred Köster Beisitzer im Geschäftsführenden Kreisvorstand.

Ausgeschieden ist hingegen Holger Lange. Er war bislang stellvertretender Kreisvorsitzender und wechselt jetzt auch parteilich an seinen neuen Wohnort Harburg. Mit Katja Kiesslich und Otto Klauder machen die bisherigen Vertreter der jungen und älteren Mitglieder unserer Partei neuen Gesichtern Platz. Auch für die Aufgaben von Uwe Voss und Andreas Wolf – Internet und politische Bildung – müssen neue Beisitzer gefunden werden. Hede Krüger bleibt dem Großen Kreisvorstand als kompetente kommunale Vertreterin erhalten.

Auch bei den von den Arbeitsgemeinschaften benannten Vertretern im Großen Kreisvorstand gab es einige Veränderungen. Das komplette Tableau findet ihr wie immer hinten in dieser NORDWIND-Ausgabe auf Seite 14.

Bei der Verteilung der Aufgaben unter den Beisitzern wurde in diesem Jahr erstmals vom alten Prinzip einer Wahl für ein bestimmtes Arbeitsfeld abgewichen; diese Vorabplatzierung hat sich in der Vergangenheit als unzweckmäßig erwiesen. Nach der Kreisvorstandsklausur Anfang August wird es jedoch für jede Aufgabe auch eine/n Verantwortliche/n geben.

Allen (fast) Neuen räumt der NORDWIND in den nächsten Ausgaben die Möglichkeit ein, sich vorzustellen. Verena, Urs, Helga und Peter – er wurde während der letzten Legislatur nachgewählt – machen in dieser Ausgabe den Anfang.

Den Gewählten aller Gremien – auch denen, die jetzt nicht erwähnt wurden – herzlichen Glückwunsch!

All denen, die jetzt an anderer Stelle als bisher unsere Partei unterstützen wollen, viel Glück auch auf diesem Weg!

Neue Gesichter im Kreisvorstand

Peter Holldorf, geb. August 1947 in Hamburg, Landesvorsitzender der Arbeitsgemeinschaft für Arbeitnehmerfragen (AfA), Betriebsorganisation in der SPD Hamburg (BO).

Als Hamburger Schaustellerkind – pendelnd zwischen Lübeck, Hamburg und Uelzen – erlebte ich 80 Ein- und Ausschulungen bis zur Klasse 5. In Hamburg sesshaft geworden, konnte ich die Volksschule Seilerstraße in Hamburg-St.Pauli abschließen. Nacheinander kamen dann eine Maschinenschlosserlehre, die Berufsaufbauschule, die Bundeswehr, danach Arbeiten in der Bordmontage im Hamburger Hafen hinzu. Darauf folgte ein technisches Studium im Maschinenbau. Als Diplom-Ingenieur habe ich allerdings nie in meinem Beruf gearbeitet, sondern ergänzt durch ein wirtschaftswissenschaftliches Grundstudium, in den Bereichen Unternehmensorganisation, Arbeitswirtschaft, Ablauforganisation, Personalwirtschaft sowie Projektabwicklung und Consulting.

Als aktiver Vertrauensmann der IG Metall wurde ich 1990 in den Betriebsrat der HEW AG gewählt, dem ich bis zum Ausscheiden aus dem Unternehmen im Jahr 2002 angehörte.

Seit 1991 gehöre ich dem AfA-Landesvorstand an und bin seitdem auch im SPD-Kreis Hamburg-Nord als Kreisdelegierter für die Betriebsorganisation aktiv. 1998 erfolgte als AfA-Landesvorsitzender die erste Wahl in den Hamburger SPD-Landesvorstand sowie in den AfA-Bundesvorstand. Nach den Wahlen in diesem Jahr wurde ich zum zweiten Mal als AfA-Landesvorsitzender bestätigt und ebenfalls in den SPD-Landesvorstand gewählt.

In meiner neuen Funktion als Beisitzer im geschäftsführenden Kreisvorstand der SPD Hamburg-Nord sehe ich mich als Ansprechpartner und Mittler zwischen den Betriebs-, Personalräten und Mitgliedern aus Mitarbeitervertretungen sowie für alle Arbeitnehmer in den sie betreffenden Fragen im Zusammenhang mit der Arbeitswelt. Im Umkehrschluss bedeutet dies aber auch, die Bedürfnisse und Meinungen der Arbeitnehmerschaft in die SPD-Gremien einzubringen, weil diese dort endlich stärkere Berücksichtigung finden müssen.

Ich bin Urs Tabbert, 32, Jurist und bin von den JUSOs als Mitglied des geschäftsführenden Kreisvorstandes vorgeschlagen worden. Während meiner vor kurzem abgeschlossenen Referendarszeit war ich als Personalrat aktiv und hatte während dieser Zeit genug Gele-

genheit, mich als Vertreter in der Deputation der Justizbehörde und Mitglied der AsJ (Arbeitsgemeinschaft sozialdemokratischer Juristen) mit der verfehlten Politik unseres derzeitigen Justizsenators auseinander zu setzen und Gegenentwürfe dazu zu erarbeiten.

In den kommenden zwei Jahren sehe ich als stellvertretender Vorsitzender der JUSOs im Kreis Nord den Schwerpunkt meiner Arbeit darin, die JUSO-Arbeit wieder auf eine breitere Basis zu stellen und der JUSO-Arbeit vor Ort in den Distrikten neue Impulse zu geben. Die Jugendarbeit stellt für mich in Zeiten, in denen die derzeitige Regierungspolitik und unsere Oppositionsrolle in Hamburg bei vielen zu Frustration führt, eine interessante Herausforderung dar, zumal viele Neumitglieder im JUSO-Alter sind. Mein Anspruch besteht darin, stärker inhaltlich zu arbeiten, das heißt, nicht nur Events auszurichten, sondern auch – wenn nötig kontroversen – Debatten wieder mehr Platz einzuräumen. Dabei würde ich gerne einen Schwerpunkt auf die Themengebiete Bildung/Ausbildung und Bürgerversicherung setzen. Außerdem werde ich in der Nordwind-Redaktion mitarbeiten.

Mein Name ist Verena Blix und ich bin seit der KDV vom 4. Juni 2004 neben Martin Gödde eure neue stellvertretende Kreisvorsitzende.

Ich bin 45 Jahre alt, seit meinem 16. Geburtstag in der SPD und habe zwei Kinder, die inzwischen 15 und 18 Jahre alt sind. Von Beruf bin ich Diplom-Verwaltungswirtin und seit vielen Jahren freigestellte Personalrätin in der Gesundheitsbehörde. Neben der für Personal- und BetriebsrätInnen notwendigen Gewerkschaftsarbeit habe ich immer auch Parteiarbeit gemacht. Ich war einige Jahre im Vorstand des Distrikts Dulsberg. Als überzeugte Dulsbergerin wurde ich vom Ortsausschuss für die SPD vor einigen Jahren erstmals in den Stadtteilrat Dulsberg entsandt – dieses Gremium hat mich gerade erneut zu einer von zwei Vorsitzenden gewählt. Der Stadtteilrat ist ein echtes Juwel und Beweis dafür, dass BürgerInnen-Beteiligung klappen kann und keine Konkurrenz zur Kommunalpolitik und parteilichem Engagement darstellen muss.

Weil ich sowohl tief verwurzelt in meiner Gewerkschaft ver.di, als auch in der SPD bin, macht mir die Politik der Agenda 2010 sehr zu schaffen. Mir tut es sehr leid um die vielen GewerkschafterInnen, die unserer Partei den Rücken gekehrt haben, da sie diese Politik moralisch für sich nicht mehr rechtfertigen konnten – und dies ist kein Vermittlungsproblem! Wir brauchen Alternativen zur jetzigen Politik – und es gibt sie auch! Wir brauchen eine Steuer- und Finanzpolitik, die den Staat wieder in die Lage versetzt, wirklich Politik zu machen – also zu gestalten –, und wir brauchen eine aktive Arbeitsmarktpolitik.

In der SPD Hamburg sind wir an einem Punkt angekommen, der eine Menge Veränderungschancen mit sich bringt: Wir haben jetzt ein wenig mehr Ruhe und Zeit, auch mal wieder nach innen zu schauen, und sind befreit vom Loyalitätsdruck gegenüber einer Landesregierung – wir können also alles angehen, was liegen geblieben ist. Meiner Meinung nach ist das vor allem die Vernetzung mit Organisationen und Menschen außerhalb der Partei. Die Kampagnen zu den beiden Volksbegehren haben gezeigt, welches Potenzial wir mit anderen gesellschaftlichen Kräften gemeinsam entwickeln können. Daran sollten wir für weitere politische Ziele anknüpfen. Wir haben auch viele Mitglieder mit Kompetenzen und Qualitäten, die bisher kaum etwas in die Partei einbringen, weil sie keine Neigung haben, sich von der Funktionärsarbeit auffressen zu lassen – diesen GenossInnen sollten wir Angebote machen und zeigen, dass wir ihren Wert für uns schätzen. Wir können jetzt wieder um Positionen ringen und konstruktiv streiten – denn aus Reibung entsteht neue Kraft!

Für diese Arbeit bin ich motiviert und freue mich, künftig im Kreis Nord die Partei in dieser Richtung mitgestalten zu dürfen – und ich sage mir: wann, wenn nicht jetzt?

Ich heiße Helga Kuhlmann und bin 56 Jahre alt. In einem Maschinenbaubetrieb, der derzeit 300 Mitarbeiter hat und Papierverarbeitungsmaschinen für den Weltmarkt herstellt, war ich lange Jahre Betriebsrat und auch stellvertretende Betriebsratsvorsitzende. Über diesen Weg bin ich zur AfA des Kreises Eimsbüttel gekommen, dort bin ich stellvertretende AfA-Vorsitzende und Beisitzerin im Landesvorstand der AfA Hamburg geworden.

Die interdisziplinäre Arbeit in zwei Kreisen hat mir geholfen, die Positionen der Kreise in wichtigen Arbeitnehmerfragen untereinander in größeren Zusammenhängen zu bewerten. Die Tätigkeit im Landesvorstand der AfA hat zu Kontakten mit Vertretern aus anderen Bundesländern geführt. Daraus ergibt sich auch ein wichtiger Schulterschluss bezüglich der Bewertung von Bundespolitik, insbesondere der Kritik an der sozialen Unausgewogenheit der Agenda 2010.

Ich bin im Distrikt Barmbek-Mitte zu Hause, wo ich nicht nur Arbeitnehmerangelegenheiten wahrnehme, sondern auch den Kontakt zwischen Gewerbetreibenden und SPD befördere. Als Beisitzerin des Geschäftsführenden Kreisvorstandes Nord, damit auch Vertreterin von Barmbek-Mitte im Kreisvorstand, möchte ich mich einsetzen für die Themenbereiche Arbeit und Bildung.

Diese Arbeit umfasst zwei große Bereiche, die normalerweise für sich schon viel Arbeit bedeuten. Im Team mit Mitstreitern im Kreisvorstand müsste es aber gelingen, hier wichtige politische Zielsetzungen zu formulieren, die dann auch zu konkreten Umsetzungen führen. Arbeit und Bildung, insbesondere Berufsbildung und damit Chancengleichheit auf dem Arbeitsmarkt für junge Menschen, sind für mich miteinander verwoben. Ich habe in den 80iger Jahren das Studium zum höheren Lehramt über den zweiten Bildungsweg absolviert und kann hier wertvolle Erfahrungen einbringen.

Flucht und Vertreibung in den 50iger Jahren haben dazu geführt, dass ich in der Abendschule meinen Schulabschluss bis zum Abitur machen musste. Diese besonderen Lebensumstände haben mich auch sensibel gemacht für die Bedeutung von Bildung und Arbeit, um ein selbstbestimmtes Leben führen zu können. Meine unmittelbare Nähe zur betrieblichen Wirklichkeit, insbesondere zu der des Produktionsgewerbes, kann auch eine sehr wertvolle Ergänzung für die derzeitige Kreisarbeit sein.

Bürgerversicherung – die letzte Rettung?

Die Bürgerversicherung soll die Finanzierung der Gesetzlichen Krankenkasse (GKV) gerecht gestalten und zukunftssicher machen – wenn der Koalition dies nicht gelingt, dürfte die nächste Wahl nicht zu gewinnen sein

Von Martin Gödde

Die Wahlsiege der Rot-Grünen Koalition 1998 und 2002 beruhten nicht zuletzt auf der Hoffnung der Wähler, dass dadurch die solidarische Finanzierung der Krankenversorgung gestärkt würde. Mehrere Umfragen der letzten Jahre zeigen die hohe Wertschätzung des Solidarprinzips, 80% der Bevölkerung bejahen Verteilungswirkungen bei Einkommensumverteilung, Generationen- und Risikoausgleich[1].

Mit der Agenda 2010 sollen die Sozialversicherungen zukunftsfest und die Lohnnebenkosten gesenkt werden. Die mit dem Gesundheitsmodernisierungsgesetz (GMG) umgesetzten Ziele schmälern die Solidarität jedoch deutlich. Von dem circa 23 Mrd. Euro umfassenden Entlastungsvolumen werden etwa. 20 Mrd. die Versicherten durch Zuzahlungen finanzieren[2]. Praxisgebühr und Zuzahlungen belasten gerade weniger Verdienende und chronisch Kranke. Dabei sinken die Sätze der Versicherten nur marginal. Der Beitrag der Arbeitgeberseite verringert sich jedoch von heute 7,7% auf künftig 6,1% (dies entspricht einer Entlastung von 16 Mrd. Euro).

Ob sich die angepeilten Ziele, Zukunftsfestigkeit und Arbeitsplätze, erreichen lassen, wird die Zukunft erweisen. Daß die Wahl der Mittel von vielen (Ex-) SPD-Wählern nicht getragen wird, zeigt die Gegenwart.

Die Vielstimmigkeit der Regierung bei der Suche nach Reformen sowie nicht eingelöste Versprechen und Pannen bei der gesetzlichen Umsetzung erzeugen eine Stimmung, in der von vielen eine Zukunft der GKV nicht mehr gesehen wird. Dass die Union mit immer radikaleren Vorschläge ohne jegliches Finanzierungskonzept punkten kann, dürfte darin begründet liegen. Für die SPD ist also jetzt lebensnotwendig, bei weiteren Reformschritten darauf zu achten, dass ihr Markenzeichen Gerechtigkeit und soziale Kompetenz nicht noch weiter verloren geht.

Wichtiger Reformbaustein soll dabei die Einführung der solidarischen Bürgerversicherung sein. Die Finanzkrise der GKV liegt in erster Linie in sinkenden Einnahmen Die Ausgaben für das Gesundheitswesen am Bruttoinlandsprodukt sind seit Jahren stabil bei etwa 11-12%. Dagegen erfolgte die Finanzierung hauptsächlich über die seit Jahren sinkenden Lohneinkommen. Folge: Immer weniger Beitragszahler zahlen immer mehr, abzulesen an den steigenden Beitragssätzen[1].

Die Bürgerversicherung soll deshalb alle Bürgerinnen und Bürger versichern (derzeit gibt es circa 90% gesetzlich und 10% privat Versicherte) und alle Einkommensarten in den Beitrag einfließen lassen.

So weit so gut. Scheinbar einig ist man sich beim Grundgedanken. Schwierig erweist sich die Umsetzung. Folgende Punkte sind bislang besonders umstritten:

- Sollen sowohl gesetzliche als auch private Krankenversicherung (PKV) die Bürgerversicherung anbieten dürfen? Wenn ja, müssten zwei unterschiedliche Systeme, einmal solidarisch und einmal risikoäquivalent zusammengeführt werden? Dann müsste der jetzt schon nur noch für eine kleine Anzahl von Superexperten zu durchschauende Risikostrukturausgleich auch die PKV mit einbeziehen. Weiterhin würden Gelder der solidarisch Versicherten an Institutionen fließen, die anders als bisher Gewinne an ihre Investoren ausschütten sollen. Ein anderer Vorschlag sieht die PKV dagegen als Ergänzung der GKV als Anbieter für alle zusätzlichen nicht medizinisch notwendigen Leistungen (Einzelzimmer, Chefarztbehandlung usw.).
- Die Einbeziehung von nicht lohnabhängigem Einkommen: Zu lösen sind die gerechte Erfassung aller Einkommen, also Zinsen, Mieterträge unter anderen sowie die Frage, in welcher Weise sie bei der Errechnung des Beitrags einfließen.
- Die Gestaltung einer gerechten Beitragsbemessungsgrenze, da eine Abschaffung nach derzeitiger verfassungsrechtlicher Lage nicht möglich erscheint.
- Die Einbeziehung anderer Einkommensformen bedeutet einen weiteren Rückgang der paritätischen Beteiligung.

Derzeit arbeitet eine Arbeitsgruppe unter der Leitung von Andrea Nahles an einem geeignetem Konzept, das der SPD wahrscheinlich im September vorgestellt werden soll. Eine Chance für 2006 könnte es sein!

Quellen:

1 *Gutachten des Sachverständigenrats zur konzertierten Aktion im Gesundheitswesen 2003, Berlin*

2 *Blätter für deutsche und internationale Politik, 9/2003, S. 1081, Bonn*

Beust-Senat regiert mit „kalter und ruhiger“ Hand

Grund zur Sorge gab es in den vergangenen Wochen genug. Nicht nur das desaströse Europawahlergebnis vor allem auch im Kreis Nord, wo die Grünen mit 28,7% rund drei Prozentpunkte vor der SPD landeten, bereitet Kopfschmerzen. Insbesondere der Haushalt des Rechtssenat ist ein tiefer Schlag in die Magengrube

Von Uwe Brinkmann

Ole von Beust und sein Senat werden nicht müde, von der wachsenden Stadt zu reden. Wenn wir uns nun aber die Streichliste im Haushalt des Senates für die nächsten zwei Jahre ansehen, dann reicht es noch nicht einmal mehr für den Traum von Provinzbürgermeistern nach dem Motto „Unser Dorf soll schöner werden“. Da hilft es auch nichts, dass sich Ole von Beust aufgrund einer fragwürdigen Umfrage bester Bürgermeister Deutschlands nennen darf. Kommt doch der überwiegende Teil der Lorbeeren, auf denen er sich ausruht, aus sozialdemokratischen Regierungszeiten! Wieder einmal ein Beweis, dass bei uns „Sozis“ nicht alles schlecht war und wir gemeinsam mit unserem neuen Landesvorsitzenden Mathias Petersen erhobenen Hauptes nach vorne blicken können.

Der von Ole von Beust vorgelegte Haushalt ist eine wahre Horrorstreichliste. Gedeckt durch die Arroganz der absoluten Mehrheit trifft es insbesondere die Schwächsten in unserer Gesellschaft, bei denen zuletzt gespart werden sollte. Der JUSO-Kreisvorstand Nord protestierte bereits im vergangenen Jahr vehement gegen die Abschaffung des Sozialtickets, dem Ole von Beust nun mit ruhiger und kalter Hand eins drauf gesetzt hat.

Die Schließung des größten Frauenhauses mit 44 Plätzen und die Senkungen des Blindengeldes sind nur die Spitze des Eisbergs. Alleine im Bereich der Kinder und Jugendlichen sollen rund 15 Mill. Euro eingespart werden, in diesem Licht erscheinen die acht Mill. Euro Einsparungen im Bereich der Kultur noch als Leichtgewicht.

Wir Hamburger Sozialdemokraten müssen diese Missstände mit vereinten Kräften anprangern, denn auf allzu viel Unterstützung der Medien brauchen wir ja bekanntlich nicht zu hoffen. Sind die Haushaltsdebatten erst einmal verklungen, werden die Betroffenen vermutlich allein im Regen stehen, ohne dass ein Aufschrei durch die Hamburger Medien geht. Doch es liegt an uns!

Es ist richtig, wenn Michael Neumann und Mathias Petersen fordern, dass insbesondere unsere Mandatsträger stärker in die Stadtteile wirken müssen. Lokale Präsenz ist in Anbetracht des neuen Wahlrechts mehr denn je gefordert. Hinterzimmerdebatten bringen nichts mehr, denn die Zeiten der sicheren Listenplätze sind passé.

Hamburg hat kein Geld – tatsächlich?

Spätestens seit der Mitteilung der staatlichen Pressestelle wissen wir, Hamburg hat kein Geld und setzt seine Konsolidierung auch im Doppelhaushalt 2005/ 2006 fort

Von Anja Domres

Der gesamte Frauentitel der Behörde für Bildung und Sport wird gestrichen! Betroffen von den Kürzungen ist unter anderem die Beratungsstelle Frau und Beruf (EFA). Dieser wird das gesamte Beratungs- und Seminarangebot zu den Bereichen berufliche Orientierung, (dieses beinhaltet auch Angebote für Berufsrückkehrerinnen), Existenzgründung, finanzielle Absicherung, Bewerbung und Konflikte im Beruf gestrichen, und zwar bereits zum 1. Juli 2004.

Nachdem es zunächst hieß, dass die Einrichtung Frauen Lernen Arbeit Kontakt in Altona (FLAKS) geschlossen wird, gibt es jetzt einen Aufschub. Der Senat schiebt die Mittelstreichung bis zum Jahr 2006 auf.

FLAKS ist seit 10 Jahren in provisorischen Räumen in der Stresemannstraße untergebracht. Zum September diesen Jahres wird der Neubau für FLAKS in der Eckernförder Straße gerade fertiggestellt sein. Dieser hat 1,2 Mio. Euro gekostet. Nachdem zunächst die Schließung der Einrichtung zur Fertigstellung geplant war, ist jetzt ein Umzug mit gekürztem Etat in den Neubau möglich. Die Existenz der Einrichtung ist aber nicht dauerhaft gesichert.

Dem Frauenbildungszentrum Denkträume wird der gesamte Zuschuss für die Seniorenbildung gestrichen.

Der Kahlschlag bei den Frauenprojekten, der vor zwei Jahren begonnen wurde, geht also weiter. Abgesehen von der Art und Weise, die Einrichtungen per Fax zu benachrichtigen, dass ihnen zum 1. Juli 2004 die Zuschüsse gestrichen werden, ist auch nach dem volkswirtschaftlichen Nutzen zu fragen. Alle Einrichtungen haben Frauen erfolgreich in Erwerbsarbeit gebracht beziehungsweise deren Existenzgründungen begleitet und unterstützt. Dies bringt der Stadt Hamburg Arbeitsplätze und Steuereinnahmen und spart Sozialkosten. Ein nicht ganz unwichtiger Aspekt, wenn so sehr gespart werden muss.

Der Senat beschwört die Vereinbarkeit von Beruf und Familie, streicht aber die Unterstützung für Einrichtungen, die genau dieses leisten. Aber bei einem Bürgermeister, der selbst zugibt, dass er Krippenplätze für Kinder nicht so wichtig findet, da diese doch lieber die „Nestwärme“ ihrer Mütter länger genießen und bei diesen zu Hause bleiben sollen, ist wohl nichts anderes zu erwarten. Bei einem Senat, der lieber Gelder in Prestigeobjekte wie die „Buddelschiffsammlung“ von Peter Tamm, die Neugestaltung des Jungfernstiegs und den Neubau der U 4 in die Hafencity investiert, kann man wohl nichts anderes erwarten. Letzte Umfragewerte haben ergeben, dass 50% der Wählerinnen und Wähler Hamburgs mit dem jetzigen Senat zufrieden sind. Also kann doch alles gar nicht so schlimm sein, oder?

Schließung des ersten und ältesten Hamburger Frauenhauses

In Hamburg gibt es zurzeit noch sechs Frauenhäuser, fünf autonome und eines von der Diakonie. Der Senat hat nun beschlossen, das erste autonome Frauenhaus Hamburgs zu schließen. Dies war für uns der Anlass, dieses Interview zu führen, um einmal einen direkten Bericht über die Arbeit eines Frauenhauses zu bekommen

Von Sibylle Quellhorst und Anja Domres

Das Frauenhaus wurde vor 27 Jahren gegründet. Es ist mit 44 Betten das größte in Hamburg. Wie uns Oya erzählte, suchen jährlich 400 bis 450 missbrauchte und misshandelte Frauen und Kinder Hilfe und Zuflucht in diesem Frauenhaus. Sie bleiben oft nur einige Tage, einige aber auch bis zu drei Monaten und in Ausnahmefällen bis zu einem Jahr. Die Frauen entscheiden allein, ob sie nach Hause zurückkehren. Oft ist aber gerade für Frauen mit mehreren Kindern keine neue Wohnung vorhanden. Migrantinnen benötigen einen Nachweis über eine einjährige Aufenthaltsgenehmigung in Deutschland für einen Dringlichkeitsschein. Deutsche Frauen müssen dafür mindestens 3 Jahre in Hamburg gemeldet sein. Diese „Hürden" sind unter anderem der Hintergrund für die langen Aufenthaltszeiten.

Interview mit Oya C., einer Mitarbeiterin des Frauenhauses

In dem ersten Frauenhaus sind neben dem Projektleiter drei Erzieherinnen, drei Sozialpädagoginnen, eine Verwaltungsangestellte und eine Hausmeisterin beschäftigt. Alle jedoch mit Teilzeitstellen. Die dringend notwendige halbe Psychologinnenstelle wurde bereits eingespart, und das, obwohl die oft traumatisierten Frauen eine psychologische Betreuung dringend notwendig hätten und die Vermittlung in Psychotherapie „extern" oft bis zu 8 Monaten dauert. Das Frauenhaus ist täglich von 10.00 bis 17.00 Uhr geöffnet. Da abends auch die meisten Gespräche mit den Frauen stattfinden, ist eigentlich immer jemand da. Die Notaufnahme ist jederzeit nach Telefonkontakt möglich. Hierzu haben die autonomen Frauenhäuser im wöchentlichen Wechsel einen 24h-Notdienst eingerichtet.

Oya erzählt, dass regelmäßig ein runder Tisch mit anderen Projekten und Ämtern, die ebenfalls mit häuslicher Gewalt zu tun haben, stattfindet. An dieser Runde nehmen beispielsweise die Polizei, der Kinderschutzbund, das Senatsamt für Gleichstellung (bis zu seiner Auflösung) und auch Beratungsstellen wie BIFF teil.

Das Sparen hat nichts genützt

Das Frauenhaus hat in den letzten Jahren bereits Einsparungen von 40% geleistet, und es ist daher umso überraschender, dass dieses Frauenhaus zum 1. Januar 2005 geschlossen werden soll. Auch Oya erklärt, dass die Mitarbeiterinnen von diesem Beschluss total überrascht wurden. Der Zuwendungsbeschluss, den die Behörde für Soziales und Familie (BSF) für das Jahr 2004 endlich im Juni diesen Jahres ausgestellt hat, sieht noch Leistungen in Höhe von 452.623 € vor. Ab Oktober dürfen jedoch schon keine neuen Frauen mehr aufgenommen werden. Wenn man bedenkt, dass es in Hamburg insgesamt 180 Plätze in den autonomen Frauenhäusern gibt (plus 30 im Frauenhaus des diakonischen Werkes) und durch die Schließung 44 davon wegfallen, alle Frauenhäuser aber über 100% ausgelastet sind, fragt man sich schon, wo alle diese hilfesuchenden Frauen künftig bleiben sollen.

Für alle Frauenhäuser hat der Senat beschlossen, dass grundsätzlich die Frauen nicht mehr als drei Monate dort bleiben dürfen. Frauen, die nur den Aufenthaltsstatus einer Duldung haben, dürfen nicht länger als drei Tage im Frauenhaus verbleiben und sollen dann in Notunterkünften von pflegen&wohnen (für Obdachlose) untergebracht werden. Die Daten der Frauen, also Name und Geburtsdatum und Aufenthaltsdauer sollen gesammelt und an die BSF weitergeleitet werden.

Die Schließung des ersten Frauenhauses wird damit begründet, dass Hamburg im Vergleich zum Umland zu viele Frauenhausplätze habe und dass aufgrund der Interventionsstelle bezüglich des Gewaltschutzgesetzes (die übrigens auch erst nach monatelangem Kampf Ende letzten Jahres geöffnet wurde) weniger Frauen auf Frauenhäuser angewiesen seien.

Eine attraktive Immobilie?

Hinter vorgehaltener Hand halten sich jedoch Gerüchte, dass gerade dieses Frauenhaus geschlossen werden soll, weil es eine attraktive Immobilie ist. Es befindet sich nämlich in einer alten Villa, und der Vermieter ist die städtische Sprinkenhof AG.

Oya und die anderen Mitarbeiterinnen haben eine Unterschriftenaktion zum Erhalt des Frauenhauses gestartet und hoffen immer noch auf Spenden oder Sponsoren, um dieses Frauenhaus vielleicht doch erhalten zu können. Selbst, wenn dies gelingen sollte, ist es total erschreckend, wie wenig die Arbeit, die in diesem Frauenhaus geleistet wird, eine Wertschätzung erfährt. Zwar können sich die meisten der betroffenen Frauen nicht wehren, sie können keine ganzseitigen Anzeigen schalten oder wirksame Pressekonferenzen abhalten. Aber irgendwann wird diese Politik auf den Senat zurückschlagen, wenn es Viertel in dieser Stadt gibt, in die sich keiner mehr hinein traut, weil die Gewalt überhand genommen hat oder, wenn die Zahl der Kinder und Jugendlichen, die nicht mehr aufgefangen und in die Gesellschaft eingegliedert werden können, in großem Umfang zugenommen hat.

Ach, eines hätten wir fast vergessen zu erzählen, die 400.000 €, mit denen der Senat die Veranstaltung Women's World Award gesponsert hat, hätten dieses Frauenhaus ein weiteres Jahr am Leben gehalten!

Mehr Europa wagen – ein Plädoyer für europäisches Engagement und Optimismus

Die Europawahl ist gerade vorüber, die Wahlbeteiligung war mit 43,0 % ernüchternd, das Ergebnis der SPD (21,3 %) erschreckend. Europa kommt aus den (negativen) Schlagzeilen nicht heraus

Von Lars Schäfer

Das war schon oft so. Aber ist es auch gerechtfertigt? Scheitert Europa an seiner angeblichen Regelungswut, an seinen komplizierten Strukturen, an einer vorgeblich überbordenden Bürokratie? Ich meine nein! Es ist Zeit, mit lieb gewonnenen Vorurteilen aufzuräumen und Europa in unseren Herzen wachsen zu lassen. Mein Herz hat Europa schon lange erobert.

Vorurteil Nr. 1: Die teure Bürokratie

Es ist eine bekannte Aussage, die durch viele Wiederholungen nicht richtiger wird: Europa habe einen bürokratischen Wasserkopf, und der sitze in Brüssel. Tatsache ist: Die Europäische Kommission in Brüssel als „Regierung" der Europäischen Union initiiert Gesetzesvorschläge, welche für inzwischen über 450 Mio. Menschen gelten. Die Europäische Kommission hat jedoch weniger Beschäftigte als die Stadtverwaltung New York.

Und gerade in Deutschland sollte man mit dem Vorwurf überbordender Bürokratie zurückhaltend sein – man denke nur an das kleinste Bundesland Bremen mit seinem eigenen Parlament und den daraus erwachsenden Folgekosten.

Nun zu den Kosten der Europäischen Union: Der Haushalt der EU betrug 2003 knapp 100 Mrd. Euro. Das entspricht nur etwa 40 Prozent des Bundeshaushalts.

Vorurteil Nr. 2: Europa hat ein Demokratiedefizit

Kritik wegen des so genannten Demokratiedefizits der Europäischen Union ist nicht völlig unberechtigt: Sind die deutschen Bürger etwa gefragt worden, ob die Bundesrepublik der EU beitreten solle? Sind sie gefragt worden, ob die jetzt hinzugekommenen Länder in die EU-Familie aufgenommen werden sollen?

Zugegeben, beide Fragen müssen verneint werden. Der deutsche Bürger war bei diesen Fragen nicht unmittelbar beteiligt. Aber eben doch mittelbar – durch die von ihm gewählte Regierung und seit 1979 durch die von ihm gewählten Abgeordneten des Europäischen Parlaments. Eine demokratische Legitimation erfährt die EU also durchaus. Und seien wir ehrlich: Akzeptieren wir nicht auch den Bundespräsidenten, obwohl er nicht direkt gewählt wurde? Und vor allem: Sind wir nicht – zu Recht – stolz auf unser Grundgesetz, obwohl die Bürger 1949 hierzu nicht befragt wurden, sondern die Landesparlamente stellvertretend für sie die Verfassung mehrheitlich annahmen?

Vorurteil Nr. 3: Europa bringt nur Nachteile

Wer in anderen EU-Staaten gelebt hat weiß, welch betörenden Charme die Vielfalt der Kulturen und Sprachen der EU-Mitgliedstaaten verbreitet. Durch Studienaufenthalte in den Niederlanden und in Großbritannien habe ich Freundschaften mit Holländern, Spaniern, Italienern, Engländern und Finnen geschlossen. Wenn ich an die genannten Länder denke, muss ich zugleich an meine Freunde dort denken.

Europa wurde so erfahrbar für mich. Ganz konkret, ganz persönlich. Wer aber mit Gift und Galle wettert gegen einzelne Nachbarländer oder die Europäische Union insgesamt, hat solche Erfahrungen häufig nicht gemacht. Wenn in Zukunft mehr junge Menschen die Chance nutzen, wenigstens für kurze Zeit in einem anderen EU-Staat zu leben und seine Natur, seine Kultur und seine Menschen schätzen zu lernen, werden Kriege in Europa immer unwahrscheinlicher. Denn wer greift schon seinen Freund an, mit dem er gestern noch eine Ausstellung besucht oder ein Bier getrunken hat? Übrigens: Fördertöpfe für solche Pläne stehen bei der EU bereit – informieren lohnt sich!

Bei allem Lamentieren über tagespolitische Debatten, über wirkliche oder vorgeschobene Probleme in der Europäischen Union meine ich: Die Tatsache, dass ein Krieg zwischen europäischen Völkern durch das Zusammenwachsen Europas unmöglich geworden ist, hilft, solche Diskussionen richtig einzuordnen.

Vorurteil Nr. 4: Europa ist viel zu kompliziert

In der Tat, die Strukturen der Europäischen Union sind nicht gerade leicht zu durchschauen: Welche Rechte hat das Europäische Parlament eigentlich? Welche Aufgaben hat die Kommission? Und wie kann ich als Bürger hierauf Einfluss nehmen?

Auch Europarechtler haben Schwierigkeiten, genau zu erklären, wann das Europäische Parlament mitentscheiden und wann es nur eine Stellungnahme abgeben darf, welcher Bereich durch die EU geregelt wird und welche Gebiete den Mitgliedstaaten vorbehalten bleiben.

Die Schwierigkeiten, die Struktur der EU-Regelungen zu durchschauen, gibt es allerdings nicht nur auf europäischer Ebene.

Auch in Deutschland kennen wir dies: Ein einwöchiges Intensivseminar würde wohl kaum ausreichen um zu erklären, welche Aufgaben Sache des Bundes, der Länder oder der Kommunen sind und welche Fragen der Bundestag und welche der Bundesrat entscheidet.

Die Europäische Verfassung wird Klarheit bringen: In ihr wird eindeutig geregelt, welche Institution welche Rechte hat und wer wann zu entscheiden hat. Denn nur eine Europäische Union, die verstanden wird, hat Zukunft.

Vorurteil Nr. 5: Die Abgeordneten tun nichts

Irrtum! Als ehemaliger Referent des SPD-Spitzenkandidaten für die Europawahl 1999, Klaus Hänsch, weiß ich, wie der Tagesablauf eines Europaabgeordneten aussehen kann: Er beginnt mit einem Radio-Interview morgens um 7 Uhr und endet mit einer Fraktionssitzung gegen 22 Uhr.

Dazwischen: Reden, Wahlkampf, Betreuung von Besuchern des „Wahlkreises“, Parlamentssitzung, und und und …

Sicher: Nicht jeder Abgeordnete hat das Arbeits-Pensum eines Spitzenkandidaten. Aber einige wenige Einzelfälle können nicht verschleiern, dass der weitaus größte Teil der Europaparlamentarier täglich ein Riesenpensum leistet, welches dem eines Bundestagsabgeordneten oder Managers in der Wirtschaft in nichts nachsteht.

Vorurteil Nr. 6: Die SPD im Europäischen Parlament kann nichts bewirken

Ein weit verbreiteter Glaube ist die angebliche Machtlosigkeit des Europäischen Parlaments (EP). In den vergangenen Jahren hat es immer mehr Rechte erhalten. Die Europäische Verfassung sieht sogar vor, dass praktisch in allen Belangen das Europäische Parlament mitentscheidet.

Einige Beispiele für Tätigkeiten und Erfolge der Fraktion der Sozialdemokratischen Parteien Europas (SPE) im EP seien angeführt:

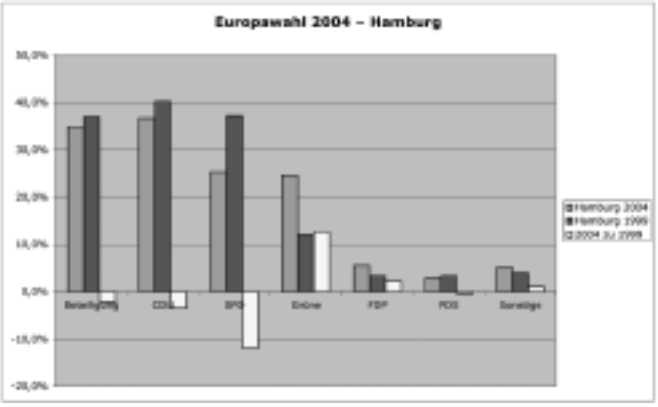
- Mit Hilfe der sozialdemokratischen Abgeordneten im EP können sich die Verbraucher in Deutschland freuen, dass die Garantie für Produkte des täglichen Gebrauchs von einem halben auf zwei Jahre erweitert wurde.
- Dank europäischen Rechts, mitentschieden durch die SPE-Abgeordneten, stehen die Veranstalter von Pauschalreisen bei Mängeln umfassend in der Pflicht.
- Und auch das deutsche Produkthaftungsgesetz, nach dem der Hersteller grundsätzlich für alle Schäden haftet, die durch sein Produkt entstehen, geht auf europäisches Recht zurück, die sogenannte EU-Produkthaftungsrichtlinie. Maßgeblich mit eingefordert wurde diese Richtlinie durch sozialdemokratische Abgeordnete.

Fazit

Es gibt keinen Grund, die Stimmlage zu senken, wenn von Europa die Rede ist. Im Gegenteil: Die EU ist alles in allem eine beeindruckende Erfolgsgeschichte. Die sozialdemokratischen Abgeordneten im Europäischen Parlament haben entscheidend mitgeholfen, dass die EU mehr ist als eine bloße Freihandelszone. Und sie werden auch in Zukunft ihre Stimme erheben, wenn es gilt fortzuschreiten auf dem Weg zu einem sozialen und gerechten Europa.

Europawahl und neues Wahlrecht

Sicher führte die mediale Debatte über die „Anpassung“ der Gehälter der Europaabgeordneten nicht zur Europa-Euphorie. Sicher konnte auch die Bundespolitik nicht zur Verbesserung des SPD-Ergebnisses beitragen. Doch was uns dann am Wahltag in unserer Heimatstadt ereilte, war bitter

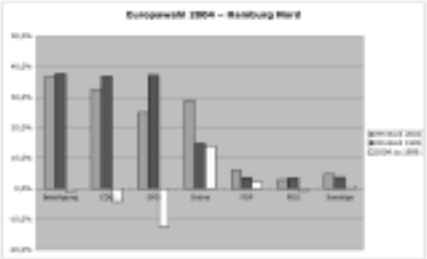


Von Michael Hüttel

Nein, eines passierte nicht: Aus der SPD-Hochburg Hamburg wurde kein Stammland der Konservativen. Im Gegenteil, auch die CDU verlor bei den Europawahlen 3,5%. Doch was sind diese wenigen gegen die fast 12 Prozent der SPD auf Landesebene? Was, wenn gleichzeitig die Grünen in Hamburg 12,6% zulegen und in vielen Stadtteilen vor der SPD liegen?

Der Wahlforscher beschreibt das Phänomen so: Grüne (und FDP) konnten ihr Wähler/innen-Potential voll mobilisieren, SPD und CDU jedoch jeweils nur etwa 40%.

Die Realität in Hamburg-Nord sah zum Teil noch schlimmer aus: Ein schwacher Trost, wenn die SPD auf dem Dulsberg (als einzigem Stadtteil in Nord)



noch stärkste Partei ist – mit 33,1%, bei einer Wahlbeteiligung von 23,5% (ohne Briefwähler). In Barmbek, Eppendorf, Winterhude, Hoheluft-Ost und auch Hohenfelde sind die Grünen stärkste Partei vor CDU und SPD.

Gut, es war eine Europawahl, häufig genug von Wählern und Wählerinnen genutzt, um den großen Parteien einen Denkzettel zu verpassen. Aber der Verlust von bis zu 17 Prozent in einigen Stadtteilen in Hamburg-Nord ist mehr als das.

Es wird Zeit, dass wir umsteuern. Weiter so geht nicht mehr.

Neues Wahlrecht für Hamburg

Die schlechte Mobilisierung unserer Wähler/innen hatte übrigens einen weiteren, unerwarteten Nebeneffekt: Bei dem parallel stattfindenden Volksentscheid erhielt der Gesetzentwurf des Volksbegehrens „Mehr Bürgerrechte – Ein neues Wahlrecht für Hamburg“, der von der GAL und der FDP unterstützt wurde, eine große Mehrheit und ist jetzt Gesetz. Der Entwurf der Bürgerschaft, von SPD und CDU gestützt, erhielt zwar die Unterstützung durch eine – geringere – Mehrheit der Wähler/innen, jedoch nicht die notwendige Mindestzahl von 20 % JA-Stimmen der Wahlberechtigten, um überhaupt weiter verfolgt werden zu können.

Bei der nächsten Bürgerschaftswahl in vier Jahren werden wir nun – zu Anfang sicher etwas ungewohnt – zweimal fünf Stimmen haben: Fünf für die Kandidaten und Kandidatinnen des Wahlkreises, fünf weitere für die Landesliste, die jeweils für einen oder mehrere Bewerber beziehungsweise Bewerberin/nen vergeben werden können. Auch die Vergabe der Stimmen über Parteigrenzen hinweg ist möglich.

Die nächste Wahl zu den Bezirksversammlungen – nach dem gleichen Verfahren wie bei der Bürgerschaft – wird voraussichtlich erst 2009 stattfinden; denn durch die Entscheidung des Wahlvolks für den Entwurf des Volksbegehrens wurde deren Legislaturperiode auf fünf Jahre verlängert und mit den Europa-Wahlen gekoppelt.

Das neue Wahlrecht mit seinen den direkten Wähler/innenkontakt fördernden Komponenten sollten wir als Chance begreifen, gegenüber den anderen Parteien Punkte zu machen. Schließlich haben wir die besseren Kandidat/inn/en doch in unseren Reihen!

Europawahl '04	Beteiligung*	CDU	SPD	Grüne	FDP	PDS	Sonstige
Alsterdorf	29,1%	37,7%	22,7%	26,2%	7,8%	1,9%	3,7%
Barmbek-Nord	24,9%	25,2%	28,0%	32,1%	4,4%	4,2%	6,1%
Barmbek-Süd	26,5%	28,4%	26,3%	32,2%	5,0%	3,2%	4,9%
Dulsberg	23,5%	24,3%	33,1%	25,8%	4,2%	5,1%	7,5%
Eppendorf	30,8%	29,3%	20,4%	36,8%	8,0%	2,7%	2,8%
Fuhlsbüttel	30,0%	37,5%	25,1%	24,6%	5,3%	2,4%	5,1%
Groß Borstel	30,6%	34,5%	25,9%	25,7%	7,1%	1,7%	5,1%
Hoheluft-Ost	28,9%	24,2%	22,3%	40,5%	7,3%	3,5%	2,2%
Hohenfelde	30,6%	31,6%	23,8%	31,9%	7,0%	1,9%	3,8%
Langenhorn	27,5%	35,2%	32,6%	19,7%	4,6%	2,4%	5,5%
Ohlsdorf	29,8%	32,7%	26,3%	26,9%	6,1%	2,9%	5,1%
Uhlenhorst	30,8%	35,6%	20,9%	29,4%	8,8%	2,4%	2,9%
Winterhude	30,1%	28,4%	22,1%	36,3%	6,4%	3,2%	3,6%

*ohne Briefwahl

Verschärfung des Waffenrechts unbedingt notwendig

Der kleine Waffenschein ist in Hamburg gescheitert. Die beantragte Zahl der Genehmigungen zum Führen von Gas- oder Schreckschusswaffen ist erschreckend gering. Deshalb ist eine Gesetzesinitiative unbedingt notwendig, nach der schon beim Kauf einer solchen Waffe ein „Kleiner Waffenschein“ vorgewiesen werden muss

Von Uwe Brinkmann

Besser wäre natürlich ein generelles Verbot, doch wenn die Bereitschaft leider nicht so weit geht, sollte dies beim Erwerb die Mindestanforderung sein. Um diese Prävention sollte sich Innensenator Nagel lieber kümmern, als weiterhin durch verdachtsunabhängige Maßnahmen oder Videoüberwachungen in die Freiheits- und Privatrechte aller eingreifen zu wollen.

Rund 400.000 erlaubnispflichtige Gas- und Schreckschusswaffen, so interne polizeiliche Schätzungen, sollen in Hamburg im Umlauf sein. Bislang wurden aber nur 2.182 Anträge auf den Kleinen Waffenschein gestellt. Der Kleine Waffenschein wurde eingeführt, um diese oft bei Straftaten benutzten Waffen aus dem Verkehr zu ziehen. Er wird gebraucht, wenn man eine solche Waffe außerhalb seiner eigenen vier Wände tragen will. (Welcher normale Mensch will das schon!?) Besonders wundert es mich daher, in welchen zwielichtigen Geschäften diese Gas- oder Schreckschusswaffen verkauft werden.

Zum Schutz der Allgemeinheit dürften allenfalls noch spezialisierte Läden die Gas- und Schreckschusspistolen vertreiben. Dort kann man schon eher davon ausgehen, dass die Händler das Gefahrenpotenzial kennen und verantwortungsvoll damit umgehen. Utopisch ist es zu glauben, dass Leute, die kriminelle Absichten haben, ihre Gaswaffe nachträglich registrieren lassen. Nur eine präventive Kontrolle und Genehmigung kann hier Schutz bieten.

Eine gefährliche Gaspistole wie diese kann jeder schnell erwerben

Rot-Grün erneuert Kooperation für Hamburg Nord

Sorge um demokratische Mitwirkung der Bürgerinnen und Bürger

Seit 15 Jahren arbeiten SPD und Bündnis 90/ Die Grünen in der Bezirksversammlung Hamburg-Nord und ihren Ausschüssen erfolgreich zusammen. Diese Arbeit wollen beide Parteien auch in der 18. Legislaturperiode fortsetzen.

Schwerpunkte des Kooperations-Vertrages sind unter anderem die Sicherung von bürgernahen Dienstleistungen im Bezirk unter Ausbau der Beteiligung der Bürgerinnen und Bürgern an den Entscheidungen für ihren Stadtteil, die Fortsetzung von Frauen- und Gleichstellungspolitik, die aktive Gestaltung und Weiterentwicklung der Kinder- und Jugendarbeit, die soziale und ökologische Stadtentwicklung, eine umweltverträgliche Verkehrspolitik, die Erhaltung einer lebendigen und emanzipatorischen Kultur und über allem das Leitprinzip des Gender Mainstreaming.

SPD und GAL stellten in den Verhandlungen einvernehmlich fest: Die Rahmenbedingungen für eine bürgernahe und an den Menschen orientierte Politik haben sich dramatisch verschlechtert. Die Selbständigkeit der Bezirke und ihre kommunale Gestaltungskraft wurden in den letzten Jahren systematisch beschnitten. Drastische finanzielle Kürzungen vor allem im Familien-, Kinder- und Jugendbereich gefährden präventive Arbeit und gefährden auch die Lebensqualität im Bezirk Hamburg Nord.

Der bereits begonnene Kompetenzabbau in den Bezirken hat schon jetzt zu mehr Bürgerferne und Zentralisierung von Entscheidungsprozessen geführt. Im Gegensatz dazu treten SPD und GAL im Bezirk Hamburg-Nord gemeinsam für eine Verwaltungsreform ein, die die demokratischen Gestaltungsmöglichkeiten für kommunale Politik und für die Menschen im Bezirk verbessert.

Beide Parteien lehnen eine Zentralmacht Rathaus und Abschaffung der Bezirke und ihrer Bezirksversammlungen ab. Die Bezirksversammlungen haben die längste demokratische Tradition direkter Mitwirkung der Bürgerinnen und Bürger in Hamburg. Sie werden als Vertretung der Menschen vor Ort gebraucht. Ob das dem Senat immer genehm ist oder nicht, darf keine Rolle spielen.

Bezirke erhalten

Besondere Sorge bereitet SPD und GAL im Bezirk Nord die Tatsache, dass die Verwaltungsreform unter Ausschluss der Öffentlichkeit und der Bezirksversammlungen vorgenommen wird. Sie fordern deshalb den Senat auf, die Bezirke wie versprochen durch Entflechtung zu stärken und nicht, wie jetzt zu befürchten steht, zu zerschlagen.

Die Kooperationspartner wollen ihre Politik des sozialen Ausgleichs, der Integration, der ökologischen Entwicklung und der Stärkung lokaler Demokratie für die Bürgerinnen und Bürger fortsetzen.

Hierzu Beispiele von Maßnahmen aus dem Vertrag:

Beteiligung

SPD und GAL führen zu drängenden Problemen Anhörungen der Bezirksversammlung durch. Beispiele aus der Vergangenheit: Lärmschutz an der Güterumgehungsbahn, mangelnde Versorgung mit Kindertagesplätzen und kürzlich Schulschließungen in Hamburg-Nord. SPD und GAL unterstützen den Stadtteilrat Dulsberg und den Quartiersbeirat Dehnhaide. Der Beirat im bezirklichen Kulturausschuss wird fortgeführt.

Frauen

SPD und GAL halten eine aktive Frauenpolitik nach wie vor für notwendig und unterstützen unter anderem mit den Sondermitteln der Bezirksversammlung Projekte für Frauen in Notlagen; der Senat hat Beratung für Frauen im BIFF Winterhude gekürzt und wird jetzt ein Frauenhaus schließen.

Stadtentwicklung

SPD und GAL stellen Flächen für Wohnungsbau zur Verfügung, unter anderem auf den ungenutzten Flächen der Krankenhäuser; der Senat blockiert den Bebauungsplan auf dem Gelände des ehemaligen AK Ochsenzoll, weil er möglichen LBK-Investoren alle Türen offen halten will.

Verkehr

SPD und GAL haben die Situation an der Sengelmannstraße durch Ausbau der Kreuzungen entschärft; der Senat will Millionen für eine neue Stadtautobahn an dieser Stelle verpulvern.

Kinder und Jugend

SPD und GAL setzen sich für ausreichend ausgestattete Jugend- und Kinderhilfe ein, der Senat nimmt an dieser Stelle den Bezirken 1 Mio. Euro und investiert stattdessen in neue Sicherheitsmaßnahmen in der geschlossenen Unterbringung Feuerbergstrasse.

Kultur

SPD und GAL unterstützen die Kulturaktivitäten der Bürgerhäuser in den Stadtteilen, sie fördern die Geschichtswerkstätten; der Senat kürzt Mittel für kritische Geschichtsarbeit vor Ort.

Den Kooperationsvertrag könnt Ihr von der Homepage der SPD Nord (www.spd-hamburg.de/Nord) herunterladen; alternativ erhaltet Ihr ihn auch im Kreisbüro.

Distrikt Mühlenkamp – auf ein Neues

„Auf die Mitglieder kommt es an“, so hören, sagen und schreiben wir immer wieder, und wir meinen damit, dass die Partei im Sinne ihrer Ziele nur dann erfolgreich sein kann, wenn ihre Arbeit von der Mitgliedschaft getragen wird

Von Dr. Jürgen Näther, Vorsitzender des Distrikts Mühlenkamp

Keine Angst, Erkenntnisse wie diese sollen hier nicht in Zweifel gezogen werden. Richtig ist allerdings auch, dass „die Mitglieder“ nur mit Hilfe ihrer Organisation wirksam werden können, mit anderen Worten, wenn sie tüchtige Funktionäre haben.

Vor diesem Hintergrund war es nur zu begrüßen, dass dem Distrikt Mühlenkamp, der einen alten Fuhrmann reaktivierte und zum neuen Vorsitzenden wählte, nahezu alle bisherigen Funktionsträger weiterhin zur Verfügung stehen. So viel zum scheinbaren Gegensatz Mitglieder/ Funktionäre.

Aus dem Gesagten folgt, dass die organisatorische Arbeit des Distrikts im Kern fortgesetzt werden kann.

Das heißt unter anderem, es wird weiterhin regelmäßige parteiöffentliche Sitzungen des Distriktsvorstands und Mitgliederversammlungen geben – wie bisher im Distriktsbüro (Forsmannstraße 14).

Neu ist, dass die Vorstandssitzungen „politisiert“, in der Regel mit einer thematisch bestimmten Mitgliederversammlung kombiniert werden und die Mitglieder öfter als in der jüngsten Vergangenheit schriftliche Informationen und Einladungen erhalten sollen.

Der hier und da entstandene Eindruck, der Vorstand sei sich selbst genug, war ein bedauerliches Missverständnis, dem wir energisch begegnen wollen. Die eine oder andere Veranstaltung werden wir außerdem zum Anlass nehmen, öffentlich zu werben.

Neu ist ferner der Versuch, ein Forum für politische Diskussionen zu organisieren, das sich in zweierlei Hinsicht von traditionellen Parteiveranstaltungen unterscheidet: Es soll in privaten Räumen – genauer, in meiner Wohnung an der Sierichstraße 20 – stattfinden und nicht zuletzt Nachbarn und Freunde interessieren und anziehen, die unserer Partei nicht angehören.

Politisches Forum auch für Nicht-Mühlenkamper

Wenn sich die geplante Kombination aus „location“, Themen und Referenten als erfolgreich erweist, soll der „Politische Salon“ drei- bis viermal pro Jahr stattfinden. Starten werden wir voraussichtlich im September mit Hans-Ulrich Klose; für eine zweite Veranstaltung hat Detlev Albers zugesagt. Sobald die Termine vereinbart sind, werden wir sie in Distrikt und Kreis bekannt machen.

Angesichts der dramatischen Lage unserer Partei soll das alles sein? Ja und nein. Ja, soweit es darum geht, wie ein kleiner Distrikt mit seinen begrenzten Möglichkeiten Mitgliederbeteiligung und -öffnung realisieren kann; nein, soweit die inhaltliche Debatte und die Kursbestimmung der SPD gemeint ist. Selbstverständlich kommt letzterem ein hoher Stellenwert zu. Nur wollen wir weder uns noch andere täuschen: Unser kleiner Distrikt würde sich verheben, wenn er inhaltliche Arbeit isoliert betreiben wollte.

Natürlich wollen wir mitmachen – in gegebenen überregionalen Foren wie in Formen, die sich in Umsetzung des neuen Wahlsystems ergeben werden. Aber das ist eine andere Geschichte.

SPD-Bürgerbüro stellt sich vor

Mit dem Zentralen Bürgerbüro im Haus der Landesorganisation bietet die Hamburger SPD Rat und Hilfe an:

- Für Menschen, die den richtigen Weg durch den Behördendschungel suchen
- Für Menschen, die über ihre sozialen Probleme sprechen möchten

Wir sind eine Brücke zu den Bürgerinnen und Bürgern unserer Stadt.

- Die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter im SPD-Bürgerbüro haben vielfältige Erfahrungen, besonders im Umgang mit sozialen Problemen
- Das Zentrale SPD-Bürgerbüüro ist kein Behördenersatz, darf auch keine Rechtsberatung ausüben. Wir hören den Menschen zu und versuchen, ihnen zu helfen, den richtigen Weg aus einer schwierigen Lage zu finden.

Auch für Anregungen und Kritik sind wir dankbar. Beispielhafte Teamarbeit im Bürgerbüro: Seit 1991 ist das Zentrale SPD-Bürgerbüro eine bewährte Einrichtung der Hamburger SPD. Wir sind rund 20 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in unserem Team. Die Ratsuchenden sollen erkennen, dass sich die SPD auch um ihre persönlichen Probleme kümmert. Wir sind stets bemüht, den Menschen einen erfolgversprechenden Weg aus ihrer Problemlage aufzuzeigen, nehmen auch gern ihre Kritik entgegen.

Dienstags, mittwochs und donnerstags sind jeweils zwei von uns zwischen 14 und 16 Uhr im Bürgerbüro erreichbar.

Freundschaftliche Atmosphäre und regelmäßiger Erfahrungsaustausch sind selbstverständliche Bestandteile unserer Teamarbeit. Wer bei uns mitmachen möchte, benötigt keine besonderen Fachkenntnisse. Entscheidend sind soziales Engagement und die Bereitschaft, Menschen helfen zu wollen.

Weitere Informationen unter 0 40/28 08 48 36.

Mentoring 2004

Mitmischen, mitmachen, mitgestalten. Wie geht das? Wie funktioniert Partei? Und wer macht was? Wie steig' ich ein, und wer zeigt mir, wo's langgeht?Diese Fragen sind in unserem Mentoring-Programm an der richtigen Stelle

Von Kerstin Völsch

Das Mentoring-Programm, das wir in Nord ursprünglich durch die AsF kennen gelernt haben und das im vergangenen Jahr wieder aufgegriffen wurde, um Frauen und Männer in die politische Arbeit einzuführen, sie mit Strukturen und Abläufen vertraut zu machen und persönliche Kontakte herzustellen, geht vom 1. bis 30. September 2004 in eine neue Runde.

Die „Neuen" der letzten ein beziehungsweise zwei Jahre werden angesprochen – es geht darum, sie so gut und fundiert wie möglich einzubinden. Dazu kommen noch GenossInnen, die schon länger in der SPD, aber neu in Hamburg sind, und interessierte Nichtmitglieder. Geboten werden soll wie im vergangenen Jahr ein interessantes Programm, von dem letztendlich nicht nur die TeilnehmerInnen, sondern wir alle profitieren, weil wir Aktive dazu gewinnen: Mehrere Teilnehmer des letzten Durchgangs haben inzwischen Aufgaben in Vorständen, als Delegierte oder in der Kommunalpolitik übernommen!

Das Programm

Alle Politikbereiche werden im Mentoring-Programm angeboten: Sitzungen der Vorstände, der Arbeitskreise, der Distrikte, der Bürgerschaft und der Bezirksversammlung. Zusätzlich gibt es Termine mit Abgeordneten und Hauptamtlichen. Ansprechpartner stehen jeweils zur Verfügung, um Fragen zu beantworten und Abläufe zu erklären.

Das Konzept

Entscheidungsträger treffen, große und kleine Politik hautnah erleben, einfach live dabei sein: So erfahrt ihr, wie Partei und Politik funktionieren und wie ihr euch einschalten könnt.

Das Programm dauert vier Wochen. Innerhalb dieser Zeit kann aus circa 80 Terminen ausgewählt werden, ein persönlicher „Stundenplan" wird beim Auftakttreffen festgeklopft. Die Termine finden tagsüber und abends statt. Eine Terminübersicht wird eine Woche vor Beginn zugeschickt.

Bei Veranstaltungen, Pressekonferenzen, Vorstandsitzungen und bei Terminen verschiedener PolitikerInnen lernt ihr die Welt der Politik und Parteiarbeit kennen. Eine Mentorin beziehungsweise ein Mentor begleiten den Termin und erklären Inhalte.

Wenn Du zu den „Neuen" gehörst, wirst du automatisch angeschrieben und zur Teilnahme am Mentoring-Programm eingeladen. Wenn du selbst interessierte BürgerInnen kennst, die Lust auf eine solche Politik-Einführung haben, lass' es uns wissen – wir laden gerne ein!

Rechtsanwälte
Scharf & Wolter

in Hamburg-Barmbek:

Elmar Böhm
Strafrecht
Ausländerrecht
Arzthaftungsrecht
(*Tätigkeitsschwerpunkte*)

Dr. Alexander Scharf
Arbeitsrecht
Kündigungsschutzrecht
Allg. Zivilrecht
(*Tätigkeitsschwerpunkte*)
Beratung auch auf Russisch

Gernot Wolter
Familienrecht
Erbrecht
Verkehrsrecht
(*Tätigkeitsschwerpunkte*)

Fuhlsbüttler Str. 118 (U/S Barmbek), Tel. 0 40/611 699 62

in Hamburg-Bergedorf:

Julia Sartor
Familienrecht
Erbrecht
Verkehrsrecht
(*Interessenschwerpunkte*)

Jessica Wilkens
Arbeitsrecht
Mietrecht
Allg. Zivilrecht
(*Interessenschwerpunkte*)

Weidenbaumsweg 7 (Bhf Bergedorf), Tel. 0 40/513 273 61

www.scharf-und-wolter.de

Ansprechpartner der SPD Hamburg-Nord

Kreisvorstand Hamburg-Nord 2004

Vorsitzende	Inka Damerau	22175, Hohnerkamp 30a	64 20 25 32
Stellvertrende Vorsitzende	Verena Blix	22049, Hohensteiner Str. 2	6 91 76 53
Stellvertrender Vorsitzender	Martin Gödde	20251, Eppendorfer Weg 269	4 60 32 75
Schatzmeister	Ralph Bornhöft	22337, Am Hasenberge 44	51 32 04 80
Beisitzerin	Anja Domres	22303, Georg-Thielen-Gasse 4	2 79 64 38
Beisitzer	Thomas Domres	22303, Georg-Thielen-Gasse 4	2 79 64 38
Beisitzerin	Gesine Dräger	22119, Stoltenstr. 38	65 90 13 20
Beisitzerin	Wiebke Gülcubuk	22415, Langenhorner Ch.122	5 31 94 06/01 77-3 32 33 99
Beisitzer	Peter Holldorf	22419, Foorthkamp 46	
Beisitzer	Michael Hüttel	20251, Geschw.-Scholl-Str. 47	6 96 24 48
Beisitzer	Elmar Böhm	22083, Bachstr. 135	22 73 92 50
Beisitzer	Andrea Hilgers	22299, Bussestr. 7	5 14 20 26
Beisitzer	Werner Kiebel	22305, Lünkenweg 12	2 99 78 83
Beisitzer	Manfred Köster	22303, Georg-Thielen-Gasse 4	27 16 68 03
Beisitzer	Helga Kuhlmann	22081, Langenrehm 12	2 99 39 71
Beisitzer	Urs Tabbert	22529, Münsterstr. 10a	52 01 42 52

Distrikte

Langenhorn-Nord	Thomas Stripp	22417, Sonnenwende 30	4 05 20 91 86
Langenhorn-Süd	Christian Carstensen	20251, Geschw.-Scholl-Str. 146	53 0356 01
Fuhlsbüttel	Gunnar Eisold	22335, Maienweg 243	50 59 66
Groß Borstel	Barbara Nitruch	22453, Brödermannsweg 66	5 53 11 31
Eppendorf	Daniel Gritz	20251, Erikastr. 139	46 07 36 30
Winterhude-Nord	Angelika Bester	22297, Brabandstr. 21b	51 32 47 46
Jarrestadt	Jan Quast	22359, Begel 4	2 79 49 09
Mühlenkamp	Jürgen Näther	22301, Sierichstr. 20	27 29 72
Barmbek-Nord	Dirk Zieciak	22049, Lengerckestr. 48	69 79 74 21
Barmbek-Mitte	Kai Ermes	22299, Hudtwalckerstr. 27. 3	20 97 08 76
Dulsberg	Marion Hanusch	22049, Olivaer Str. 1	6 90 65 66
Barmbek-Uhlenhorst-Hohenfelde	Sönke Klages	22305, Vollmersweg 6	22 73 93 97

Arbeitsgemeinschaften

AsF	Sylvia Schmudlach	22297, Wesselyring 53	51 52 02
	Heike Lucas	20249, Faaßweg 4	46 09 17 40
JUSOS	Marianne Hirschberg	22305, Vollmersweg 6	
AfA	Norbert Heinrichs	22179, Haldesdorfer Str. 126	6 41 84 20/01 72-8 36 62 66
	Hartmut Dignas	22527, Wördemanns Weg 10	
60 plus	Helmut Riedel	22335, Erdkampsweg 151	
	Ernst Eggerstedt	22083, Weidestr. 15	

Bürgerschaftsabgeordnete

	Dr. Andrea Hilgers	22299, Bussestr. 7	5 14 20 26/4 28 31-13 35
	Wilfried Buss	22397, Krempenhege 101 A	6 05 14 89/61 19 83 12
	Werner Dobritz	22085, Hans-Henny-Jahnn-Weg 44	
	Gesine Dräger	22119, Stoltenstr. 38	65 90 13 20/51 32 47 12
	Jan Quast	22359, Begel 4	2 79 49 09/27 80 83 90
	Jenspeter Rosenfeldt	22297, Wilhelm-Bock-Weg 25	5 11 39 61
		AO-Büro	51 32 47 14

Sonstige Ansprechpartner

Stellvertretende Vorsitzender der Bezirksversammlung	Heidemarie Hermann	22299, Lattenkamp 12	5 11 96 51
Vorsitzender der Bezirksfraktion	Dr. Peter Tschentscher	22307, Elligersweg 8	69 79 28 27
Bezirksamtsleiter	Mathias Frommann	22395, Immenhorstweg 96	4 28 04-22 34
Ortsamtsleiter Barmbek-Uhlenhorst	Hans-Werner Nebel		4 28 32-22 33
Ortsamtsleiter Fuhlsbüttel	Günter Schwarz	21217 Seevetal, Dirkenshof 5c	

Veranstaltungskalender der SPD Hamburg-Nord

Kreisvorstandssitzungen

Die nächste Kreisvorstandssitzung findet statt am Freitag, 20.08.2004, 19 Uhr

Die Sitzungen ist wie immer offen für alle Mitglieder der SPD HH-Nord und findet in den Räumen der SPD, Am Hasenberge 44 statt

Berlinfahrten

Wir bieten in diesem Jahr noch zwei Tagesfahrten nach Berlin an. Im Kostenbeitrag von 25 Euro sind Busfahrt, gemeinsames Mittagessen und die Besichtigungen von Reichstag und Willy-Brandt-Haus enthalten.

Termine: 07. Sept. und 09. Nov. 2004.
Infos und Voranmeldungen im Kreisbüro unter Telefon 4 60 30 42

Der aktuelle Veranstaltungskalender der SPD Hamburg-Nord kann im Internet unter www.spd-hamburg/Nord eingesehen werden – hier finden sich auch Veranstaltungen der Distrikte.

Sommerfeste

Im August finden zwei Sommerfeste in unserem Kreis statt:

Wir sind stark, aber gemeinsam sind wir noch stärker, sagten sich der Distrikt Fuhlsbüttel und die Kirchengemeinde St. Marien, die ursprünglich beide und jeder für sich in jedem Jahr ein Familienfest veranstalteten. Am **14. August 2004** wird das Sommerfest nunmehr zum zweiten Mal gemeinsam gestaltet. Dabei gibt es viel zu erleben, zu spielen, zu diskutieren und Leckeres zu genießen. Ein Flohmarkt lädt außerdem zum Stöbern ein.

Das traditionelle Sommerfest im August muss sein, entschied der Distrikt Barmbek-Mitte, ermutigt durch das erfolgreiche Familienfest im Europawahlkampf. Zum Sonntag, den **15. August 2004**, sind die Barmbeker eingeladen zum Biedermannplatz (Ecke Schleidenstraße) – Kinderspiele, Würstchen vom Grill, eine Tombola und vieles mehr gehören zum Angebot.

(Beide Feste finden nachmittags statt – die genauen Zeiten standen bei Drucklegung noch nicht fest und können über den Terminkalender im Internet oder im Kreisbüro abgefragt werden.)

Gratulationen

Die Geburtstagskinder im Juli und August 2004
(Aus Platzgründen führen wir hier nur die „runden" Geburtstage ab 70 Jahren auf):

70 Jahre: Uwe Mertens (04.07.), Carl-Georg Nesit (21.07.), Walter Franke (31.07.), Willi Molitor (04.08.), Willi Krollpfeiffer (05.08.)
75 Jahre: Carl-Heinz Schmetzner (04.07.), Kurt Pagels (06.08.), Horst Koester (19.08.), Arno Wrage (31.08.)
80 Jahre: Otto Meyer-Glitza (19.08.)
85 Jahre: Anneliese Schuldt (26.07.)
90 Jahre: Luise Schulz (08.07.), Irma Mau (29.08.)
95 Jahre: Emil Schilling (15.08.)

Wir gratulieren ganz herzlich und wünschen alles Gute und vor allem Gesundheit!

Besondere Parteijubilare Juli und August 2004 (ab 50 Jahre Parteizugehörigkeit):

50jähriges Parteijubiläum: Karl Herrmann (August 1954)

Dem Jubilar danken wir für die langjährige Treue. die so manches Auf und Ab in der SPD überdauert hat!

Schwieger PageDesign
www.schwieger-d.com
Ihr Internet-Auftritt
- Beratung
- Planung
- Ausführung
- Schulung

Turnierstieg 31
22179 Hamburg
040 -69 69 25 69
info@schwieger-d.com

HAMBURG SPD

SPD Hamburg-Nord, 22337 Hamburg
PVSt, DP AG, C 54203 Entgelt bezahlt

Printmedien
Websites
Schulungen
... oder Visitenkarten
... oder Kurse
Z.B. Zeitschriften ...
Idee · Konzeption · Gestaltung
Th. Biedermann · Grafik-Design Hamburg
01 71/1 04 87 89 · www.passkreuz.de

JUSO-Wahlen in Hamburg Nord

Die Kreisvollversammlung der JUSOS in Hamburg Nord hat im Mai den Kreisvorstand auf einer Nachwahl (siehe letzter Nordwind) um Ksenija Bekeris, Aziz Boskurt und Sören Räthling komplettiert. Florian Pudlas ist nunmehr Vertreter der Kreis-JUSOS im JUSO-Landesvorstand. Urs Tabbert wurde für den geschäftsführenden SPD-Kreisvorstand nominiert. Marianne Hirschberg vertritt die JUSOS im großen Kreisvorstand. In den letzten Wochen wurden zudem die Vorstände von zwei JUSO-Gruppen im Kreis Hamburg Nord neu gewählt. Die JUSO-Gruppe Eppendorf/Winterhude/Mühlenkamp/Groß Borstel wählte Tammo Wündisch (Tel. 01 78/3 25 65 43) zum Vorsitzenden und Bastian Faust (Tel. 01 79/7 94 38 42) zum Stellvertreter. Die Gruppe trifft sich jeden dritten Dienstag im Monat um 19.00 Uhr im Stadtteiltreff in der Alsterdorferstraße 192 a. Die JUSO-Gruppe Barmbek/Barmbek-Nord/Dulsberg wählte bislang nur ihren Vorstand. Der/die Sprecher/in soll auf der nächsten Sitzung am 7. Juli 2004 bestimmt werden. Interessierte können sich bei Ksenija unter 01 63/2 69 20 20 wegen der weiteren Arbeit der Gruppe erkundigen. In beiden Gruppen sind alle interessierten JUSOS herzlich willkommen und zur Mitarbeit eingeladen. Für Fragen und Anregungen zur JUSO-Arbeit in Hamburg Nord kann man sich an Urs unter 01 79/5 05 91 56 oder per E-Mail an urstabbert@web.de wenden.

Liebe Leserinnen und Leser!

Vier Jahren habe ich mit Michael Hüttel die Redaktion des Nordwindes geleitet. Angefangen haben wir mit einer Ausgabe, in der ich im Layout alle Tücken vom Programm Word kennen gelernt habe. Jetzt haben wir Dank der Mitarbeit von Thomas Biedermann eine professionelle Darstellung. Inhaltlich haben wir unser Ziel, eine Plattform für alle Meinungen aus der Partei zu sein, erreicht. Immer haben wir alle, auch kritische Beiträge von Mitgliedern publiziert. Der Kreis verfügt mit dem Nordwind über eine Mitgliederzeitung, die in der ganzen Hamburger SPD wahrgenommen wird. Aber nach vier Jahren mag es auch gut sein, wenn Dinge sich wandeln können. Im Juni wurde ich auf der Kreisdelegiertenversammlung zum stellvertretenden Kreisvorsitzenden gewählt. Beide Ämter zugleich kann ich nicht richtig ausfüllen und übergebe deshalb meine Redaktionsaufgaben an Michael Hüttel. Wichtig ist es mir in meinem neuen Amt, wie bisher möglichst viele Leute an der Politik zu beteiligen. Auch indem für den Nordwind schreibe. *Martin Gödde*

Wir sprechen mit Ihnen und helfen, wo wir können

SPD

Zentrales Bürgerbüro
Dienstag, Mittwoch und Donnerstag
14-16 Uhr · Tel. 28 08 48-32 /-0
Kurt-Schumacher-Allee 10· 20097 HH

Impressum

Der Bezug der Mitgliederzeitung ist im Mitgliedsbeitrag enthalten

Redaktionsschluss (Nordwind Nr. 16):
31. August 2004. Bitte die Beiträge nicht zu lang werden lassen, da wir ansonsten gezwungen sind, sie redaktionell zu kürzen. Anschlagsmuster für den Artikel mit Vorgaben zu Spaltenbreite, Anschläge usw. ist bei der Redaktion erhältlich.
Bilder: S/W-, Farbfotos, Zeichungen oder digital als TIF-, JPG- oder EPS-Format, Auflösung mind. 300 dpi (***keine Internet-Bilder!***).

Per Post: Fotos per Brief oder digitale Daten auf Diskette oder CD-ROM an die Redaktion schicken:
Michael Hüttel, Geschwister-Scholl-Str. 47, 20251 Hamburg

Per Mail:
michael.huettel@t-online.de
urstabbert@web.de

Telefonisch:
Michael Hüttel, 0 40/6 96 24 48

Herausgeber:
SPD Hamburg-Nord · Am Hasenberge 44 · 22337 Hamburg · Tel.: 4 60 30 42
Fax: 46 23 68 · E-Mail: hh-nord@spd. de
www.spd-hamburg.de/ Nord
v.i.S.d.P.: Inka Damerau
Redaktion:
Michael Hüttel, Urs Tabbert
Gestaltung: Thomas Biedermann, www.passkreuz.de
Druck: Hein&Co, Hamburg